

TOP: 16

Beschlussvorlage
Öffentlich :Ja

Amt/Geschäftszeichen

Federführendes Amt :Hauptamt

Datum

12.06.2018

Drucksache-Nr.:01-45-2018

Beratungsfolge

Gremium/Ausschuss	Termin	Genehmigung	Stimmverhältnis	J	N	E
Stadtverordnetenversammlung	28.06.2018					

Betreff:

Beratung und Beschluss: Höhe der Dienstaufwandsentschädigung des Bürgermeisters der Stadt Kremen

Beschlussvorlage

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremen beschließt die Höhe der Dienstaufwandsentschädigung des Bürgermeisters auf monatlich 160,00 € festzulegen.

Beratungsergebnis:

Gremium: Sitzung am: TOP

Anz. Mitgl. :19 dav. anwesend Ja..... Nein..... Enthalt.....

Laut Besch.vorlage..... Abweichender Beschl.(Rückseite).....

eingbracht durch :stellv. Bürgermeisterin
Bearbeiter :Frau Bianca Haak

.....
Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Problembeschreibung/Begründung

Am 07.02.2018 ist die Brandenburgische Kommunalbesoldungsverordnung (BbKomBesV) in Kraft getreten. Die Besoldung des Bürgermeisters setzt sich zusammen aus dem Grundgehalt nach dem Brandenburgischen Besoldungsgesetz und einer pauschalen Dienstaufwandsentschädigung. Während die Einstufung des Amtes des Bürgermeisters gesetzlich geregelt ist, wird die Höhe der Dienstaufwandsentschädigung zu Beginn jeder Amtszeit durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung festgesetzt.

Die Brandenburgische Kommunalbesoldungsverordnung sieht für den Personenkreis der hauptamtlich kommunalen Wahlbeamten auf Zeit die Zahlung einer Dienstaufwandsentschädigung vor. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass es dem Beamten zuzumuten ist, Sachausgaben, die sich aus dem übertragenen Amt ergeben, in gewissem Umfang aus den Dienstbezügen zu bestreiten. Bei den Ämtern der hauptamtlichen kommunalen Wahlbeamten auf Zeit, die mit einem großen Maß an politischen Repräsentation bei Veranstaltungen jeglicher Art verknüpft sind, kann bei der Vielzahl der Verpflichtungen dies dem Beamten nicht zugemutet werden. Derartige Aufwendungen können für Hauptverwaltungsbeamte auf Grundlage der BbgKomBesV erstattet werden.

Es handelt sich dabei um pauschalisierte Entschädigungssätze zur Abgeltung von Sachausgaben, die sich aus dem Amt sowie der Art der übertragenen Aufgabe zwangsläufig ergeben und nicht durch Dienstbezüge abgegolten werden. Bei der Aufwandsentschädigung steht die Kostenerstattung im Vordergrund, sie sind kein Bestandteil der Besoldung.

Die Dienstaufwandsentschädigung des Bürgermeisters richtet sich nach der Einwohnerzahl (§ 7 Abs. 1 BbgKomBesV). Sie darf in Gemeinden bis 10.000 Einwohnern 160 € pro Monat nicht überschreiten.

gez. B. Haak
Hauptamtsleiterin

Finanzielle Auswirkung

Finanzielle Auswirkungen? Ja

Gesamtkosten der Maßnahmen: €
ab Juli 2018 ca. 1.000

Jährliche Folgekosten : ca. 2.000 €

Finanzierung
Eigenanteil : €

Objektbezogene
Einnahmen (Zuschüsse) : €

Haushaltsbelastung : €

jährlich :

Veranschlagung :
mit : €
Produktsachkonto :
im Ergebnishaushalt : 11102.50110000

im Finanzhaushalt : 11102.70110000

